



DIE LANDTAGSFRAKTION

Ländliche Räume - Räume mit Zukunft

Eckpunkte einer Initiative der CDU-Landtagsfraktion zur Zukunft der ländlichen Räume

I.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land sowohl der großen Städte als auch der ländlichen Räume. Ländliche Regionen und Ballungszentren sind nicht gleich, aber gleichwertig. Beide gehören untrennbar zur Identität unseres Landes. Nur beide zusammen geben unserem Land sein unverwechselbares Gesicht: mit den europäischen Metropolregionen an Rhein und Ruhr und den höchst unterschiedlichen Kulturlandschaften der Eifel, des Bergischen Landes, des Sauer- und Siegerlandes, des Niederrheins, des Münsterlandes und von Ostwestfalen-Lippe.

Etwa 60 % der Menschen unseres Landes leben außerhalb der Großstädte. Von den zahlreichen Unternehmen im Land betätigt sich der überwiegende Teil in Gemeinden und Mittelstädten; insbesondere klein- und mittelständische Betriebe. Der größere Teil der 6.764 Schulen, der rund 460 Krankenhäuser und der mehr als 20.000 Sportvereine von Nordrhein-Westfalen befindet sich in den ländlichen Räumen.

Die ländlichen Regionen unseres Landes bieten hohe Lebensqualität und eine weitgehend intakte Umwelt. Viele Menschen wohnen und arbeiten in den ländlichen Regionen, also dort, wo andere Urlaub machen. Die Dörfer, Städte und Kulturlandschaften der ländlichen Räume sind seit Jahrhunderten gewachsen und üben eine große Identifikations- und Bindungswirkung aus. Sitten und Gebräuche,

Dialekte, nachbarschaftliche Sozialstrukturen, lebendige Traditionen und ein vitales Vereinswesen führen zu einem vielfach ausgeprägten Heimatgefühl. In den ländlichen Räumen leben die Menschen oft näher beieinander als in großen Städten: Soziale und familiäre Bindungen sind oft stabiler, der Gemeinsinn ist oft ausgeprägter, die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe und zu ehrenamtlichem Engagement oft größer. Die Bereitschaft der Menschen zur Selbstorganisation - "Wir regeln unsere Dinge selbst" - ist ausgeprägt. Die Förderung und Unterstützung dieser Bereitschaft tragen wesentlich zur zukünftigen Gestaltung eines Gemeinwesens bei, in dem der Mensch im Mittelpunkt bleibt.

Die ländlichen Räume sind keine "zurückgebliebenen" Regionen oder Überbleibsel einer vermeintlich heilen Welt. Sie sind modern. Sie bieten hochwertige Arbeitsplätze in Handwerk, Handel, Dienstleistung und Industrie, in der Landwirtschaft oder Lebensmittelerzeugung. Sie sind Standorte von Unternehmen, die vielfach als "hidden champions" in der Weltwirtschaft vorne mitspielen, weil sie die Chancen neuer Produktionen und neuer Märkte schnell und flexibel nutzen. Ohne seine ländlichen Räume wäre Nordrhein-Westfalen nicht das starke Industrieland, das es ist.

II.

Es gibt nicht "den" ländlichen Raum als homogenes Gebilde. Unsere ländlichen Räume unterscheiden sich in:

- ihrer geographischen Lage und Verkehrsanbindung
- ihren land- und forstwirtschaftlichen Gegebenheiten
- ihrer Bevölkerungsstruktur
- ihrer industriellen und sozialen Infrastruktur
- ihrer Wirtschafts-, Unternehmens- und Erwerbsstruktur
- ihrer regionalen Identität.

Ihren unterschiedlichen Strukturen entsprechend müssen die ländlichen Räume geeignete Antworten finden auf die großen Herausforderungen der Zukunft:

- die Herausforderung der demographischen Entwicklung
- die Herausforderung überforderter öffentlicher Kassen
- die Herausforderung eines durch die Globalisierung dynamisierten wirtschaftlichen Strukturwandels.

Die größte Herausforderung ist der demographische Wandel. Nach der Bevölkerungsvorausrechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS) wird die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen von 2005 bis 2025 um 2,5 Prozent auf 17,6 Millionen Einwohner zurückgehen. Bis 2040 prognostiziert das LDS einen Rückgang um 6,6 Prozent auf 16,8 Millionen Einwohner. Dabei steigt der Anteil der Sechzigjährigen und älteren um knapp 25 Prozent von heute rund 4,45 Millionen auf rund 5,6 Millionen im Jahr 2025; der Anteil der Achtzigjährigen und älteren wächst bis 2025 sogar um 69 Prozent, von heute rund 798.000 auf 1,35 Millionen.

Die demographische Entwicklung vollzieht sich unterschiedlich. Zwischen 1994 und 2004 lagen in NRW die Regionen, die einen Bevölkerungszuwachs von mehr als 5 % verzeichnen konnten, hauptsächlich in den ländlichen Räumen. Nach der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW wird sich ein Trend verstärken: Während die Einwohnerzahl im gesamten Land bis zum Jahr 2020 um 0,6 % sinkt, wächst sie in den Kreisen um 3,6 %. In den kreisfreien Städten ist hingegen mit einem Einwohnerrückgang von 6,5 % zu rechnen. Der Bevölkerungszuwachs in den Kreisen resultiert sowohl aus Wanderungsgewinnen als auch aus regionalen Geburtenüberschüssen. Langfristig werden die Kreise aufgrund der jüngeren Altersstruktur jedoch eine vergleichbare Entwicklung vollziehen wie derzeit die kreisfreien Städte.

Problematisch ist allerdings nicht nur der Rückgang der Bevölkerung. Ebenso problematisch sind die damit verbundenen altersstrukturellen Veränderungen. Wir brauchen vor Ort akzeptable Infrastrukturen und Erwerbsmöglichkeiten, damit vor allem junge und erwerbsfähige Menschen die ländlichen Räume nicht verlassen.

III.

Die großen Herausforderungen - demographische Entwicklung, überforderte öffentliche Kassen, wirtschaftlicher Strukturwandel - sind dieselben für die Großstädte und ländlichen Regionen unseres Landes. Die Antworten werden teils ähnlich, teils aber auch deutlich unterschiedlich sein müssen.

In der 13. Legislaturperiode hat die CDU-Landtagsfraktion maßgeblich mitgewirkt an der Enquête-Kommission zur Zukunft der Städte. Ebenso

hat die Landtagsfraktion den damaligen Fraktionsvorsitzenden und jetzigen Ministerpräsidenten unterstützt bei seinem Engagement in dem von ihm geleiteten Großstadt-Arbeitskreis der CDU Deutschlands. Zahlreiche Anregungen und Einsichten aus diesen Arbeitskreisen sind in unsere Politik eingeflossen und werden sie auch in Zukunft bestimmen.

Um den besonderen Strukturen und Perspektiven der ländlichen Räume gerecht zu werden, ergreift die CDU-Landtagsfraktion jetzt eine Initiative "Ländliche Räume - Räume mit Zukunft". Wir verstehen sie als unentbehrliches Gegenstück zu unserem fortgesetzten Engagement für attraktive Ballungsräume in Nordrhein-Westfalen.

Ein Initiativkreis "Ländliche Räume - Räume mit Zukunft" wird in Fachgesprächen mit Experten aus Wissenschaft und Verbänden und mit den Praktikern vor Ort ein Konzept zur Zukunft der ländlichen Räume entwickeln und auf diesem Weg konkrete landes- und kommunalpolitische Handlungsempfehlungen erarbeiten.

Dabei stehen 13 Handlungsfelder im Mittelpunkt der Arbeit.

IV.

1. Wirtschaft und Beschäftigung

Die Stärkung von Wirtschafts- und Arbeitsmarkt im ländlichen Raum bedarf primär kommunaler und örtlicher Aktivitäten und Instrumente sowie den Abbau landesplanerischer und gesetzlicher Restriktionen. Dafür müssen geeignete Bedingungen geschaffen oder zukunftsfähig gemacht werden.

Dazu gehört ein zukunftssicheres, orts- und betriebsnahes Kreditwesen, das insbesondere die mittelständische Wirtschaft stützt. Wir brauchen regional eng eingebundene Institute mit genauen Kenntnissen des Marktes als verlässliche Partner für Kaufleute, Handwerker und Unternehmer vor Ort.

Um Wirtschaft und Arbeitsmarkt der ländlichen Räume zu stärken, muss der Bürokratie-Dschungel weiter gelichtet werden. Kaufleute, Handwerker und Unternehmer wollen die Entdeckungsfunktion des Marktes nutzen können. Wir werden den von der Landesregierung eingeleiteten Prozess der Verwaltungsmodernisierung und des

Bürokratieabbaus konstruktiv begleiten. Wir befürworten Modell-Regionen, in denen die Kommunen in Abstimmung mit den Einrichtungen der Wirtschaft auf ihnen überflüssig erscheinende Bürokratie verzichten dürfen und begrüßen die Schritte, die die Landesregierung in diese Richtung bereits getan hat.

Wir sehen in der Identifikation und Dokumentation von Stärken und Schwächen der Regionen und in dem gezielten Ausbau von Kristallisationspunkten ein Instrument, um Technologietransfer in die Region zu ermöglichen und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Umsetzung der Förderprogramme vor Ort bedarf einer stärkeren sachlichen und regionalen Abstimmung der geförderten Konzepte und Maßnahmen. Vielfach laufen Förderprogramme nebeneinander her und können aufgrund der Fördersystematik vor Ort nicht bzw. zu wenig miteinander koordiniert werden. Noch agieren zahlreiche staatliche und nicht staatliche Einrichtungen, die sich den ländlichen Räumen verpflichtet fühlen, nebeneinander her und lassen es oftmals an ausreichender gegenseitiger Information und Abstimmung vermissen. Hier bedarf es einer systematischen Verknüpfung relevanter Förderansätze, beispielsweise der Städtebaupolitik mit der Wohnungsbauförderung und sozial flankierenden Strategien, um die Wirkung einzelner Maßnahmen vor Ort miteinander zu koordinieren und ihre Wirkung zu erhöhen. Wir wollen eine sinnvolle und transparente Bündelung der Förderprogramme, die auf regionalen bzw. regional abgestimmten Entwicklungskonzepten basieren. Vorbild dafür kann das im Enquetebericht "Zukunft der Städte in NRW" entwickelte Modell der pauschalierten Förderpolitik sein.

Wir begrüßen in diesem Kontext, dass in der europäischen Förderperiode 2007-2013 die streng abgegrenzten Fördergebiete wegfallen und durch mehr regionalen und landesweiten Wettbewerb ersetzt werden. Wir setzen uns für eine zielgerichtete und effiziente Verwendung der zur Verfügung stehenden Fördermittel ein, von der auch die ländlichen Räume profitieren werden.

Wir wollen für die ländlichen Räume die Ausweisung ausreichender Entwicklungsflächen im Rahmen der Landes- und Regionalplanung.

Auch aufgegebene und noch aufzugebende militärische Liegenschaften bieten dazu große Chancen. Wir fordern den Bund auf, nicht rentabel zu entwickelnde Flächen kostenfrei auf die Kommunen oder das Land zu übertragen.

Wir werden zeitnah auf eine den Erfordernissen der ländlichen Räume entsprechende Änderung des Landesplanungsgesetzes einschließlich des Landesentwicklungsprogramms und des Landesentwicklungsplans, des Landschafts- und des Landeswassergesetzes hinwirken.

Die Wissensgesellschaft bringt neue Berufe, neue Märkte und neue Chancen. Breitband-Internet ist ein ausgesprochen wichtiger Standortfaktor und besonders geeignet, ländlichen Räumen einen Wachstumsimpuls zu vermitteln. Wir wollen den Auf- und Ausbau einer technischen Infrastruktur zu wettbewerbsfähigen und erschwinglichen Preisen auch in den ländlichen Räumen. Ziel ist, dass in jeder geschlossenen Ortschaft DSL existiert. Wir streben die schnelle Bereitstellung von Frequenzen für alternative Funklösungen durch die Bundesnetzagentur und eine längerfristige Frequenzsicherung als bisher an. Wir erwarten von der Bundesnetzagentur eine zügige Bereitstellung von Frequenzen für breitbandige Funktechnologien (Wimax) in einem wettbewerblichen Verfahren und lehnen eine Frequenzversteigerung ab.

2. Schutz von Natur und Umwelt

Nordrhein-Westfalen verfügt in seinen ländlichen Räumen über groß- wie auch kleinräumige Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte. In solchen Gebieten wurden unterschiedliche Arten von Schutzgebieten (Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Nationalpark) eingerichtet. Sie dienen dem Schutz von Natur und Umwelt, und sie bieten den Menschen - insbesondere auch aus den städtischen Ballungsräumen - Erholung und Naturgenuss.

Geschützte Natur und Landschaft sind für die ländlichen Räume vielfach ein wichtiger Vorteil im Tourismus und gewinnen auch als weiche Standortfaktoren zunehmend an Bedeutung. Wir werden die Weiterentwicklung der ländlichen Räume als Urlaubs-, Erholungs- und Naturräume gemeinsam mit den Regionen fördern.

3. Land- und Forstwirtschaft

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur ein Industrie-, sondern auch ein Agrarland. Dreiviertel der Landfläche werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Nordrhein-Westfalen ist nach Bayern und Niedersachsen der drittstärkste Agrarstandort in Deutschland. Land

und Forstwirtschaft bilden zusammen mit vor- und nachgelagerten Branchen eine der wichtigsten und standorttreuesten Branchen in Nordrhein-Westfalen. Zum Erhalt attraktiver und vielfältiger Landschaften in Nordrhein-Westfalen leisten gerade die Landwirte einen unersetzbaren Beitrag. Über 50.000 landwirtschaftliche Betriebe und rund 13.000 Gartenbaubetriebe in Nordrhein-Westfalen produzieren gesunde Nahrungsmittel von hoher Qualität. Zusammen mit den forstwirtschaftlichen Betrieben stellen sie in zunehmendem Maße nachwachsende Rohstoffe auch für erneuerbare Energien bereit. Sie sind wichtige Auftraggeber für Handwerk und Gewerbe. Zum Erhalt unserer attraktiven und vielfältigen Landschaften in Nordrhein-Westfalen leisten die Land- und Forstwirte einen unersetzlichen Beitrag.

Sie sichern zugleich die Grundlagen für Erholung, Freizeit und Tourismus. Auch wenn sich der Strukturwandel fortsetzt: Land- und Forstwirtschaft sind und bleiben prägend im ländlichen Raum. Unsere Politik orientiert sich in den kommenden Jahren an folgenden Zielen:

- Eine unternehmerische, funktions- und wettbewerbsfähige wie wettbewerbsstarke Land- und Forstwirtschaft bietet Klein- wie Großbetrieben Zukunftschancen. Diese Betriebe betreiben flächendeckende Landbewirtschaftung und erhalten die natürlichen Lebensgrundlagen vitaler ländlicher Räume.
- Sicherung der betrieblichen Einkommen durch faire Preise und gleiche Bedingungen im Rahmen der EU, ohne den Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz zu vernachlässigen
- Ausschöpfung der Marktchancen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Dienstleistungen, etwa in der Landschaftspflege
- verstärkte Förderung einer multisektoralen Landwirtschaft, bei der neben dem Anbau auch die Verarbeitung und Vermarktung der Produkte über lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe vermehrt stattfindet
- die Möglichkeit einer außenbereichsverträglichen Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude (Wohnung, Gewerbe und freiberufliche Nutzung) ohne Beeinträchtigung der betrieblichen Entwicklung aktiver Landwirte.

4. Mobilität im ländlichen Raum

Mobilität für alle Bürger ist und bleibt eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Verkehrswege sind in Städten wie auf dem Land die Lebensadern. Die CDU-Landtagsfraktion weiß um die Bedeutung des Individualverkehrs in der Fläche. Sie fordert die gute Erreichbarkeit aller Regionen unseres Landes durch den Bau und die Unterhaltung erforderlicher Straßen.

Auch in der Fläche muss es möglich sein, ohne Pkw über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mobil zu sein. In Zeiten knapper öffentlicher Haushalte kann der Aufrechterhaltung eines bedarfsgerechten Angebots nur mit neuen innovativen Lösungen begegnet werden.

- Wir wollen den flexibleren Einsatz von Fördermitteln, so daß im ländlichen Raum ggf. günstigere Busverbindungen alternativ zu kostenaufwendigen Schienenverbindungen eingesetzt werden können.
- Wir wollen den klassischen Linienverkehr in der Fläche um flexible und bedarfsgesteuerte Bedienungsformen ergänzen. Angebote wie Anrufbusse, Shuttlevetehre und Eventvetehre mit Kleinbussen oder Pkw sowie Bürgerbusse sind Möglichkeiten, Taktzeitreduzierungen und Netzverkleinerung zu kompensieren.
- Wir wollen die Förderung innovativer regionaler Mobilitätsnetzwerke, in die neben den Verkehrsgesellschaften auch andere Mobilitätsdienstleister (z.B. Taxi- und Mietwagenunternehmen) einzubeziehen sind.

Trotz zurückgehender Regionalisierungsmittel muss ein das ganze Land erschließendes Regionalverkehrsnetz dauerhaft sichergestellt werden.

5. Familienfreundlicher Lebensraum

Wir wollen auch in den ländlichen Räumen junge Familien bei der Umsetzung ihres Wunsches nach Kindern stärken. Deshalb ist es eine Schlüsselaufgabe, den jungen Familien auch in ländlichen Räumen Perspektiven für die berufliche und persönliche Entwicklung mit vergleichbaren Lebensbedingungen offen zu halten oder zu schaffen. Zentrale Faktoren dazu sind neben qualifizierten Arbeitsplätzen und

flexiblen Arbeitszeiten eine wohnortnahe, verlässliche Kinderbetreuung und Ausstattung mit Schulen. Ganz wichtig sind Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Maßnahmen müssen den Besonderheiten der ländlichen Räume (z. B. weitere Wege, weniger Arbeitsplätze als in den Ballungsräumen) Rechnung tragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesstätten und Tagesmüttern/Tagesvätern auch in Zukunft vorzuhalten.

Die Erziehungskompetenz der Eltern gilt es auch in den ländlichen Räumen zu pflegen und zu stärken. Auch deshalb treten wir für den zügigen Ausbau von Familienzentren ein. Sie beraten die Eltern und gewährleisten durch einen niederschweligen Zugang eine einfache und gute Erreichbarkeit familienunterstützender Maßnahmen.

Auch in ländlichen Räumen sind Angebote der Kinder- und Jugendarbeit notwendig. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass überall, wo Kinder und Jugendliche sind, entsprechende Angebote gemacht werden können.

6. Generationengerechtes Wohnen - Lebenswerte Dörfer und Städte

Der kontinuierliche Anstieg der Zahl der Hochbetagten und allein stehenden Mitbürger schafft neue Herausforderungen für die Wohnungspolitik im ländlichen Raum. Wohnungsangebote sind so ausdifferenzieren, dass sie auch für eine intensive ambulante und stationäre Pflege geeignet sind.

Wir setzen uns ein für

- altersgerechten Wohnraum, mit dem das selbständige Wohnen gestärkt wird;
- Wohnanlagen eines neuen Typs, in denen Alleinstehende Wohngemeinschaften bilden und ihre Pflege und Betreuung individuell mit ambulanten Diensten organisieren können;
- Wohnquartiere in der Stadtlandschaft des ländlichen Raumes mit einem breiten Wohnungsangebot an öffentlich geförderten und frei finanzierten Mietwohnungen wie Eigentumsmaßnahmen für Jung und Alt nebeneinander, die zugleich kleinere Pflegeinseln aufweisen, um pflegebedürftigen Mitbewohnern in

ihrer vertrauten Umgebung die notwendige stationäre Pflege zu ermöglichen

Mit Modellmaßnahmen, die im Rahmen des experimentellen Wohnungsbaus des Landes durchgeführt werden, wollen wir für die unterschiedlichen Strukturtypen des ländlichen Raumes übertragbare Beispiele schaffen.

In Nordrhein-Westfalen haben die historischen Orts- und Stadtkerne einen besonderen Stellenwert für die Identität der ländlichen Räume und der Ballungsrandzonen. Die historischen Orts- und Stadtkerne sind wesentlicher Bestandteil unseres kulturellen Erbes.

Wir treten ein

- für eine offensive Stadtentwicklungs-, und Stadterneuerungspolitik, die die bestehenden Defizite in den historischen Orts- und Stadtkernen zügig abbaut;
- für eine die Stadterneuerungsmittel flankierende Stärkung des Wohnens in den historischen Orts- und Stadtkernen durch eine Förderpriorität in der Wohnungsbauförderung.

7. Teilhabe für alle

Wir wollen für die 2,3 Mio. Menschen mit Behinderungen in NRW, von denen viele in den ländlichen Räumen leben, ein verlässlicher Partner sein. Wir unterstützen die Bemühungen der Landesregierung bei der Entwicklung des Programms „Teilhabe für alle“. Neben ausreichenden stationären Angeboten sollen auch vor Ort tragfähige ambulante Hilfen angeboten werden.

Ein Schwerpunkt ist dabei die Integration von Behinderten in den ersten Arbeitsmarkt. Dafür sollen neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen entwickelt werden. Ein Schritt ist das von Landesregierung entwickelte Kombilohnmodell, das insbesondere für Menschen mit Lernbehinderungen und für schwer qualifizierbare Menschen in den Regionen mit den relevanten Partnern im Land erprobt werden soll.

Die Menschen in den Werkstätten für Behinderte werden älter und gehen in Rente: Wir unterstützen aktivierende Angebote nach der

Arbeitsphase, damit sie in der vertrauten Umgebung den verdienten Lebensabend gestalten können.

8. Ortsnahe Bildungsangebote

Die demographische Entwicklung stellt Schulträger und Schulen, aber auch Familien und Schülerinnen und Schüler vor neue Herausforderungen. Die Schulträger sind angesichts dieser Entwicklung - so wie im neuen Schulgesetz ausdrücklich formuliert - gehalten, in enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Rücksichtnahme auf ein regional ausgewogenes, differenziertes Angebot zu achten. Angesichts vielfach rückläufiger Schülerzahlen werden wir für wohnortnahe und differenzierte Bildungsangebote im ländlichen Raum sorgen. So bietet das neue Schulgesetz die Chance, bereits zum Beginn des Schuljahres 2006/2007 kleine Grundschulen auch im Dorf durch Kooperation mit anderen Grundschulen zu erhalten. Dazu gehört die Möglichkeit, Gemeinschaftsschulen und Bekenntnisschulen in einem Grundschulverbund zusammenzuführen. Ferner verweisen wir auf die Möglichkeit, Verbundschulen für den Sekundarbereich I einzurichten.

Weiterbildungseinrichtungen öffentlicher und freier Träger übernehmen im ländlichen Raum vielfältige Aufgaben, nicht zuletzt im sozialen und kulturellen Bereich. Um den Zugang zur Bildung auch im Erwachsenenalter zu gewährleisten, sehen wir im Erhalt der Einrichtungen eine wichtige bildungspolitische Aufgabe.

9. Bürgerschaftliches Engagement

In den ländlichen Räumen sind verstärkt Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement erforderlich, um eine Angebotsvielfalt an Leistungen zu sichern.

Beispiele hierfür sind: Nachbarschaftsläden, gemeinschaftliches elektronisches Einkaufen, Postagenturen, Bürgerbüros, Bürgertreffpunkte (selbstorganisierte Dorfgastwirtschaften), Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien, lokale Betreuung älterer und/oder behinderter Menschen, Bürgerbusse, Kultur- und Brauchtumspflege.

Die Menschen in den ländlichen Räumen erfüllen diese freiwillige Leistung bereits heute vorbildlich. Die Erhebungen zum Ehrenamt

1999-2004 zeigen für NRW eine deutliche Erhöhung des Engagements in mittelständischen Kern- und in den ländlich strukturierten Gebieten. Vor allem in den ländlichen Gebieten gab es 2004 deutlich mehr Sozialengagement als noch 1999. Wir begrüßen und fördern Initiativen zur Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit. So bietet unser neues Schulgesetz die Chance, ehrenamtliches Engagement inner- und außerhalb der Schule in Zeugnissen zu dokumentieren.

Die Sportvereine sind in den ländlichen Räumen wichtige, mitunter sogar die einzigen lokalen Bindeglieder und dörflichen Kommunikationszentren. Die integrative Rolle des Sportes kann in ihrer Bedeutung für das Miteinander der Menschen nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gleiches gilt für die präventive Wirkung des Sportes für die Gesundheit. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement in den Sportvereinen auch in Zukunft fördern und unterstützen.

Die politische Verantwortung für wesentliche Anliegen der örtlichen Gemeinschaft bleibt allerdings Aufgabe der Kommunalpolitik. Vor diesem Hintergrund begrüßen und fördern wir die Kooperation mit Privaten (Public-Private-Partnership) und die Kooperation zwischen Kommunen einer Region.

10. Medizinische Versorgung und Pflege

Die demographische Entwicklung, der medizinische Fortschritt und die Notwendigkeiten in der Pflege stellen die ortsnahe medizinische und pflegerische Versorgung in den ländlichen Räumen vor neue Herausforderungen. Ausreichende medizinische Versorgung und Pflege sind wesentliche Voraussetzungen für die Attraktivität der ländlichen Räume bei zurückgehender Bevölkerung und einer zunehmenden Zahl von Alten.

- Wir wollen auch künftig eine wohnortnahe ärztliche Versorgung in den ländlichen Räumen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf Bundesebene im Rahmen der anstehenden Gesundheitsreform eine Neugestaltung der ärztlichen Gebührenordnungen dahingehend erfolgt, dass differenzierte Zuschläge zum Abbau einer regionalen ärztlichen Unterversorgung gezahlt werden können.
- Wir wollen für die Menschen in den ländlichen Räumen eine angemessene und bedarfsgerechte stationäre Versorgung. Investitionen aus Landesmitteln sollen für zukunftsorientierte und

leistungsstarke Krankenhäuser - unabhängig von der Größe - eingesetzt werden. Eine wohnortnahe stationäre Versorgung muss - auch durch flexible Lösungen - dauerhaft sichergestellt sein. Zu den Förderkriterien gehören die Qualität des Leistungsangebotes, Kooperationen mit anderen ambulanten und stationären medizinischen und pflegerischen Angeboten und die Ausrichtung auf die zu erwartenden Bedarfe in der Region. Unter anderem mit diesem Ziel ist im Landeshaushalt 2007 beabsichtigt, 40 Mio. Euro für ein investives Sonderprogramm Krankenhaus zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus muss die Möglichkeit der Sicherstellungszuschläge aus dem Krankenhausfinanzierungsrecht des Bundes in den ländlichen Regionen bei Bedarf tatsächlich genutzt werden. Die CDU-Fraktion bittet das zuständige Ministerium, in dieser Frage seinen Einfluss auf die Krankenkassen geltend zu machen.

- Bereits heute leben rund 460.000 pflegebedürftige Menschen in Nordrhein-Westfalen. 70 Prozent von ihnen werden zu Hause betreut. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird auf rund 700.000 bis zum Jahr 2040 ansteigen. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen an Demenz erkranken. Gegenwärtig gibt es rund 300.000 Betroffene in Nordrhein-Westfalen. Ihre Zahl wird in den nächsten Jahren um 40 Prozent steigen. Angesichts der wachsenden Zahl älterer Menschen wird das Thema Pflege an Bedeutung gewinnen. Bei der anstehenden Reform der Pflegeversicherung werden wir uns auf Bundesebene insbesondere für eine nachhaltige Sicherung der Finanzierung der Pflege, für eine Stärkung der häuslichen Pflege („ambulant vor stationär“) und eine bessere Versorgung Demenzkranker einsetzen.

11. Regionale Kulturpolitik

Kulturelles Leben bedeutet ein Mehr an Lebensqualität. Es fördert zugleich die Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensraum. So hat das Land NRW zusammen mit den Landschaftsverbänden, den Kommunen, den Sparkassen mit ihren Kulturstiftungen, der Wirtschaft vor Ort und mit anderen Beteiligten die regionale Kulturpolitik zu einem Handlungsschwerpunkt erklärt. Dabei steht die Stärkung der unverwechselbaren kulturellen Identität der Regionen im Vordergrund.

Kunst und Kultur bieten ein zukunftssträchtiges Potential für eine erfolgreiche Entwicklung gerade in den ländlichen Räumen. Durch den

Rückzug der Landwirtschaft, die Deindustrialisierung in manchen Gebieten und den Rückgang der Bevölkerung bieten sich vor allem in abgelegenen Orten Möglichkeiten für alternative Nutzungen durch die so genannten Kreativbranchen. Kultur ist längst kein allein weicher Standortfaktor mehr. Die Kulturwirtschaft bildet einen beträchtlichen Anteil an der Wertschöpfung der ländlichen Räume. Wertschöpfung umschließt nicht nur ihre produktive Seite. Sie muss ebenso als Erhalt des kulturellen Erbes einer Region, als Erhöhung der Lebensqualität, als Bereitstellung gemeinschaftlicher Güter betrachtet werden.

Kulturpolitik für den ländlichen Raum will die jeweilige regionale Identität mit Mitteln von Kunst und Kultur fördern. Gleichzeitig gilt es, Kultureinrichtungen in den Regionen des Landes besser zu vernetzen. Vor allem sollen Künstler und Künstlerinnen vor Ort zur Zusammenarbeit ermuntert werden. Es kommt auf die Verknüpfung von kulturellen Themen mit Fragen der Flächenpolitik, des Tourismus, der Bildungs-, Freizeit- und Sportpolitik und des wirtschaftlichen Strukturwandels an.

- Wir wollen die kulturelle Zusammenarbeit von kleineren Gemeinden im ländlichen Raum stärken.
- Wir wollen beitragen zur Erleichterung der Arbeit von künstlerisch-kulturellen Vereinen, z. B. durch Entbürokratisierung, steuerliche Begünstigungen, Bereitstellung von Räumen.
- Künstlichkeiten bei Regionsgrenzen müssen überwunden werden zugunsten gewachsener regionaler Identitäten.

12. Sichere ländliche Räume

Die Menschen fühlen sich in den ländlichen Räumen unseres Landes unverändert sicher. Das soll so bleiben, deshalb setzen wir uns für eine orts- und bürgernahe Polizei ein und wollen die erforderliche Polizeipräsenz in der Fläche auch in Zukunft gewährleisten.

13. Finanzausstattung der Kommunen

Die Kommunen müssen finanzielle Handlungsspielräume zurückgewinnen, damit kommunale Selbstverwaltung auch in Zukunft stattfinden kann. Insbesondere muss die Konnexität - auch durch den Bund, z. B. beim Arbeitslosengeld II - bei der Aufgabenübertragung

strikt eingehalten werden.

Wir wollen eine fundierte Überprüfung der Verteilungskriterien für den kommunalen Finanzausgleich und eine dementsprechende Überarbeitung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) noch in dieser Legislaturperiode.

V.

Die Menschen in den ländlichen Räumen werden die großen Herausforderungen der Zukunft meistern. Sie haben die Bereitschaft, neue Wege zu gehen, in der Vergangenheit bewiesen, und sie sind bereit, es wieder zu tun. Die CDU-Landtagsfraktion will neue Wege mitgehen. Wir werden dazu im Dialog mit den Menschen konkrete und innovative Vorschläge zur Bewältigung der Probleme auf den angesprochenen Handlungsfeldern machen. Unsere wesentlichen Ziele sind

- die Bündelung der regionalen Kräfte für eine gute wirtschaftliche Zukunft der ländlichen Räume,
- eine ausgelastete und tragfähige Infrastruktur und
- eine engagierte Zivilgesellschaft, die das, was sie selbst regeln kann, vor Ort selbst regelt.

So werden die ländlichen Räume unseres Landes Heimat bleiben.

Petersberg, 22. August 2006